



Feilschen und beten fürs Klima

Klimadiplomaten einigen sich in Bangkok auf eine Agenda für 2011



Unterstützung. Buddhistische Mönche beteten vor dem Tagungsgebäude in Bangkok fürs Weltklima. Foto Keystone

CHRISTIAN MIHATSCH, Bangkok

Eigentlich wollte die Welt bei der Klimakonferenz in Bangkok über Lösungen für die Klimakrise verhandeln. Doch dann haben die Länder eine Woche über die Agenda diskutiert. Dies lohnt nur, wenn die Verhandlungen nun umso schneller vorangehen.

«Für Aussenstehende muss es absurd erscheinen, eine Woche über die Agenda zu verhandeln», sagt ein europäischer Diplomat. «Aber es hat sich gelohnt. Dieser Streit musste ausgetragen werden, auch wenn es mir lieber gewesen wäre, wir hätten das in einem Tag geschafft.»

Anlass des Streits bei den Klimaverhandlungen in Bangkok waren unterschiedliche Vorstellungen darüber, was dieses Jahr verhandelt werden soll. Die USA und Australien wollten sich darauf konzentrieren, das Abkommen von der Klimakonferenz in Cancun umzusetzen. Anders die Entwicklungslän-

der: Diese wollten vor allem diejenigen Punkte diskutieren, die in Cancun zu kurz gekommen waren. Die Einigung sieht nun vor, dass man beides tut: Zum einen werden die in Cancun beschlossenen Institutionen wie der Klimafonds organisiert, zum anderen wird man auch über Themen wie die Besteuerung von Schiffsdiesel und Flugbenzin diskutieren, wo eine Einigung in Cancun nicht möglich war.

KYOTO-PROTOKOLL. «Dies als Diskussion über die Agenda» zu bezeichnen, erweckt einen falschen Eindruck. Es geht darum, was wir bei der Klimakonferenz in Durban (Südafrika) im Dezember dieses Jahres erreichen wollen», sagt Christiana Figueres, die Chefin der UN-Klimaverhandlungen. Besondere Bedeutung hat die Frage, was mit dem Kyoto-Protokoll passiert, das Ende 2012 ausläuft. Einige Länder wie Japan, Kanada und Russland haben bereits ange-

kündigt, dass sie bei einer Verlängerung nicht dabei sein werden. Und die USA sind dem Protokoll nie beigetreten. Für die Entwicklungsländer hat der Fortbestand von Kyoto aber grosse Bedeutung, da es das bislang einzige rechtlich verbindliche Klimaabkommen der Welt ist.

Und so stand die Haltung der EU zum Kyoto-Protokoll im Mittelpunkt des Interesses. «Ich glaube, wir haben zeigen können, dass es uns ernst ist mit der Verlängerung des Kyoto-Protokolls – vorausgesetzt, unseren Bedingungen wird Rechnung getragen», sagt ein europäischer Diplomat. Und bei einer dieser Bedingungen hat die EU Flexibilität signalisiert: Bislang bestand Brüssel darauf, dass sich auch die USA und die Entwicklungsländer in einem Vertrag zu Emissionsreduktionen verpflichten, etwa in einem «Durban-Protokoll». Im Fall der USA ist diese Forderung aber illusorisch. Zur Ratifizierung ei-

nes solchen Vertrags wäre im Senat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Aber auch bei den Entwicklungsländern gibt sich die EU womöglich damit zufrieden, wenn diese ihre Emissionsziele nur in nationalen Gesetzen verankern. Dies eröffnet die Möglichkeit einer Allianz zwischen der EU, der Schweiz, Norwegen, Australien, Neuseeland und den Entwicklungsländern. Zusammen haben diese genug Stimmen, um eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls zu verabschieden. «Die Frage ist: Können wir ein System schaffen, das die USA zurücklässt?», sagt ein afrikanischer Diplomat.

HOHE EMISSIONSZIELE. Aber selbst wenn dies gelingt, ist das Klima noch nicht gerettet. Denn die Emissionsziele der Länder sind noch viel zu hoch und bessere Angebote sind dieses Jahr ausser von der EU und Australien von keinem Land zu

erwarten. Daher hat man in Cancun vereinbart, die Ziele in den Jahren 2013 bis 2015 zu überprüfen. Bis dann liegt auch der neueste Bericht der IPCC Klimawissenschaftler vor. «Diese Periode bietet die Chance, ein wirksames und rechtlich-verbindliches Klimaabkommen zu schaffen», sagt Tim Gore von der Umweltorganisation Oxfam.

Bis dahin ist aber noch ein weiterer Weg. Vorerst muss die «Agenda von Bangkok» zeigen, ob sie hält, was sie verspricht: Die Implementierung der Beschlüsse von Cancun, die Verlängerung des Kyoto-Protokolls und die Lösung noch offener Fragen wie die Besteuerung von Schiffsdiesel und Flugbenzin. Dabei ist klar: Das Klima wartet nicht auf die internationale Klimadiplomatie, und eine Woche auf die Ausarbeitung einer Agenda zu verwenden, lohnt nur, wenn die Verhandlungen anschliessend umso schneller vorangehen.

diese woche

11.04.montag

- > Bilanz Burkhalter (Elektrotechnik).
- > Verkehrszahlen März Lufthansa/Swiss.
- > Quartalszahlen Alcoa (Aluminium).

12.04.dienstag

- > Bilanz Tamedia (Medien), Orell Füssli, (Bücher), Valartis (Banken), Vaudoise (Versicherung), Loeb (Warenhäuser).
- > Quartalszahlen Sika (Bauchemie), Bossard (Schrauben).

13.04.mittwoch

- > Bilanz National (Versicherung), Elma Electronic (Elektrogehäuse), Hochdorf (Milch).
- > GV Rieter (Textilmaschinen).
- > Quartalszahlen Lonza (Chemie), Rio Tinto (Bergbau).
- > BFS mit Teuerung der Grosshandelspreise.
- > IWF zur Stabilität der globalen Finanzmärkte.

14.04.donnerstag

- > Quartalszahlen Roche (Pharma).
- > Bestellungseingang Sulzer (Industrie).
- > BAK Basel Frühjahrsprognose.
- > Bilanz Hügli (Nahrungsmittel), Metall Zug (Industrie), Edisun Power Europe (Solarstrom), Zur Rose (Apotheken), Bosch (Autozulieferer).
- > Beginn Frühjahrstagung Weltbank und IWF (bis Samstag).

15.04.freitag

- > Bilanz Orascom (Hotels).
- > Quartalszahlen Nestlé (Nahrungsmittel), Syngenta (Saatgut).
- > Euro-Inflationsrate März.
- > US-Inflationsrate März.

nachrichten

Erstmals wieder Handelsdefizit in China

PEKING. China hat im ersten Quartal ein Handelsdefizit in Milliardenhöhe verbucht. Mit 1,02 Milliarden Dollar gab es erstmals seit sechs Jahren ein Defizit in einem Quartal. Die Exporte legten um 26,5 Prozent zu, die Importe aber um 32,6 Prozent auf 400,66 Milliarden Dollar. DPA

Die EU sucht einen Nachfolger für Trichet

GÖDÖLLÖ (UNGARN). Knapp sieben Monate vor dem Ausscheiden von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet fehlt der EU eine Nachfolgersperspektive. Trichet wird nach acht Jahren an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) Ende Oktober turnusgemäss ausscheiden. Ein oft genannter Favorit ist inzwischen der Chef der italienischen Notenbank, Mario Draghi. DPA

Weitere US-Banken geschlossen

NEW YORK. Die US-Einlagensicherung FDIC hat erneut zwei kleinere Banken in den USA geschlossen. Im vergangenen Jahr hatte die Einlagensicherung 157 Banken schliessen müssen. DPA

ANZEIGE

MPB
Executive Search

Wir finden für Sie nicht den Besten, den wir kennen, sondern den Besten, den es gibt.

Management - People - Business

www.mpb.ch

EU handelt schnell mit Portugal

Gefahr für Griechenland und Spanien verringert sich

Die finanzielle Rettung Portugals läuft auf Hochtouren. EU und IWF wollen verhindern, dass weitere Länder in den Schuldenstrudel geraten.

Mit der Milliardenspritze für das angeschlagene Euro-Land Portugal hat die EU nach eigener Überzeugung die gefährliche Schuldenkrise eingegrenzt. EU-Währungskommissar Olli Rehn sagte nach den zweitägigen Beratungen der europäischen Finanzminister im ungarischen Gödöllö: «Ich bin überzeugt, dass Spanien keine Finanzhilfe Europas braucht.» Spanien gilt wegen der Folgen einer geplatzen Immobilienblase als Wackelkandidat der Euro-Zone. Sorgen macht auch die riesige Schuldenlast in Griechenland. Die EU schliesst aber einen Schuldenschnitt in Athen aus, der auch private

Gläubiger treffen würde. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte am Samstag nach dem Treffen: «Die Ansteckungsgefahr ist geringer geworden.» Tags zuvor hatten die Minister nach einem Hilferuf aus Lissabon die Arbeiten für ein rund 80 Milliarden Euro schweres Hilfspaket auf den Weg gebracht.

KEIN GRIECHISCHER SCHNITT. Sowohl EU-Kommission als auch die Europäische Zentralbank (EZB) wiesen immer wieder aufkommende Spekulationen zurück, wonach Griechenland trotz des 2010 vereinbarten 110-Milliarden-Euro-Hilfspakets nicht ohne einen Schuldenschnitt auskommen werde. «Ja, wir schliessen eine Umschuldung aus», sagte der Finne Rehn. Es gebe ein vereinbartes und solides Hilfspro-

gramm für Athen. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet fügte hinzu: «Wir haben einen Plan. Der Plan ist von den europäischen Institutionen gebilligt. Wir setzen das jetzt um.» Griechenland war im vorigen Jahr als erstes Euro-Land von seinen Partnern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vor der Pleite gerettet worden. Inzwischen wurde auch Irland mit einem 85 Milliarden Euro umfassenden Hilfspaket unter die Arme gegriffen.

Die Ressortchefs machten deutlich, dass die Gefahren für Europas Wirtschaft und Bürger noch lange nicht gebannt sind. So müssen sich die Verbraucher in Deutschland wegen steigender Energie- und Rohstoffpreise auf weiter steigende Inflationsraten einstellen. Sie könnten bis zum Jahresende fast drei Prozent erreichen. DPA

ANZEIGE

**MIAU!
DANKE!**



Postkonto 40-3294-0

Spenden für das Tierheim
Tierschutz beider Basel
www.tbb.ch